D-02-167-2

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 166 bis 172:
Länder mehr Verantwortung übernehmen. Ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus zur Verteilung von Geflüchteten ist dazu ein richtiger Schritt.
Die Zustimmung zum vorliegenden Reformvorschlag für das "Gemeinsame Europäische Asylsystem" (kurz: ~~In~~GEAS), welcher eine enorme Asylrechtsverschärfung bedeuten und in Teilen das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschaffen würde, war dabei ein historischer Fehler! Dies ist auch die klare Position der Migrationswissensschaft. Umso vehementer müssen wir uns in den derzeitigen Verhandlungen ~~zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir uns~~nun für klare Verbesserungen einsetzen: z.B. ein funktionierendes, menschenwürdiges System, in dem Familien und Kinder sowie vulnerable Gruppen besonders geschützt werden, sowie für eine verbindliche Verteilung und Rechtsdurchsetzung ~~ein~~. Die Einführung des auch in Großbritannien gescheiterten Ruanda-Modells lehnen wir entschieden ab.
Ist es nicht möglich, in den Verhandlungen über die GEAS-Reform, Verbesserungen zu erreichen oder sollte es gar zu einer weiteren Verschärfung kommen, muss die Bundesregierung ihre Zustimmung zu dem Gesetzespaket zurückziehen.

Begründung

Die Zustimmung zum GEAS-Reformvorschlag wurde von der Bundesregierung mit dem Versprechen verbunden, in den Verhandlungen Verbesserungen für Menschenrechte und die Schutzsuchenden zu erreichen - sollte dies nicht möglich sein, müssen wir diese Entscheidung rückgängig machen.

Die Entscheidung der Bundesregierung, dem problematischen Entwurf zur Überarbeitung des "Gemeinsamen Europäischen Asylsystems" (GEAS) zuzustimmen, war und ist mit unseren Grünen Grundwerten unvereinbar. So manches engagierte Mitglied hat uns (auch) deshalb verlassen, viele andere hadern noch immer mit ihrer Parteimitgliedschaft oder haben ihre aktive Arbeit - die Grundlage unserer Partei - eingestellt.

Doch nicht nur parteiintern hat die Entscheidung zu Unverständnis, Enttäuschung und Wut geführt: Geflüchtetenhelfer, Aktivist*innen aus der Seenotrettung, der Seebrücke, von ProAsyl, den Flüchtlingsräten und unzähligen weiteren Gruppen, und sogar die Migrationswissenschaft hat eindringlich vor dieser gewarnt. Jetzt fühlen sie sich von uns im Stich gelassen und verraten.

Zwar ist eine Überarbeitung des Europäischen Asylsystems zwingend nötig, die jetzt vorliegenden Vorschläge wären zu weiten Teilen allerdings ein Schritt in die falsche Richtung.

Hinzu kommt, dass alle Argumente, die zur Verteidigung der anfänglichen Entscheidung genannt wurden von Expert*innen widerlegt wurden oder spätestens mit Zustimmung zur Krisen-Verordnung hinfällig sind.

Es drohen Lager wie Moria überall an den Grenzen Europas und in Zweifelsfall hätten die Regierungen die Möglichkeit, alle einzusperren, die in Europa Schutz suchen wollen.

weitere Antragsteller*innen

Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nils Tellert (KV Kiel); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Lucie Schröder (KV Berlin-Mitte); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Cim Kartal (KV Bielefeld); Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Felix Quartier (KV Dresden); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 48 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.